

Quelle: FOCUS online - [Dienstag, 17.04.2018](#)

**Staatsminister Roth legt Plan vor**

## **Kein Sonderweg: Wie eine neue Russland-Politik Deutschlands die Syrien-Krise lösen könnte**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow nannte die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland jüngst schlimmer als zu Zeiten des Kalten Krieges. Ob man diese Einschätzung teilt oder nicht: die Beziehungen sind in der Tat momentan frostig.

Aus Sicht des Westens liegt das vor allem am Verhalten Russlands von der Krim-Annexion über die russische Einmischung in der Ostukraine bis zu Hackerangriffen auf den Bundestag, der ebenfalls russischen Regierungskreisen zugeschrieben wird. Diese Sicht wird vor allem in der SPD nicht von allen geteilt.

In der Partei gibt es eine lange Tradition einer russlandfreundlichen Position. Ihre Vertreter verweisen einerseits auf die deutsche Schuld vor allem durch die zahlreichen Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht an der Ostfront, andererseits auf die Entspannungspolitik unter Kanzler Willy Brandt. Der aktuelle Außenminister Heiko Maas (SPD) hat einen deutlich härteren Kurs gegenüber Russland eingeschlagen, als es vielen seiner Parteigenossen lieb ist.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth, versucht in einem Gastbeitrag für die „Welt“ beide derzeit in der SPD vertretenen Positionen zu verbinden: die Brandt-Tradition der Entspannungspolitik mit einem realistischen Blick darauf, wie Russland sich aktuell außenpolitisch verhält. Das sind die wichtigsten Eckpfeiler seiner Russlandpolitik der Zukunft:

### **1. Gemeinsame EU-Strategie**

Die EU müsse gegenüber Russland mit einer Stimme und „auf Grundlage einer gemeinsamen Strategie“ sprechen, fordert Roth. Nur so könne man Putins Bestreben, „Europa durch Spaltung nachhaltig zu schwächen“, entgegenzutreten.

### **2. Kein deutscher Sonderweg**

Roths zweiter Punkt wird für viele Sozialdemokraten schmerzhaft sein: Es dürfe eben keine „isolierten deutschen Sonderweg“ gegenüber Russland geben, der Ängste vor einer „deutsch-russischen Achsenbildung zu Lasten Dritter“ auslösen könnte. Der Staatsminister zielt hier vor allem auf die Länder des Baltikums sowie Polen ab, deren Interessen in sozialdemokratischen Debatten lange untergingen. Die Vorstellung, Deutschland müsse aufgrund der historischen deutschen Schuld Russland besonders entgegenkommen, war lange in der SPD verbreitet. Warum dasselbe Entgegenkommen nicht beispielsweise gegenüber der Ukraine oder Belarus gelten sollte, deren Vorgängerstaaten mindestens genauso sehr unter dem Zweiten Weltkrieg litten, wird selten erklärt.

### **3. Dialog, aber auf der Ebene der Zivilgesellschaft**

Auch Roth ist für Dialog und Austausch mit Russland, aber auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Er schlägt eine „aktive Förderung und bessere Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft, Sport und Medien“ vor, um besonders kritische Geister in Russland zu unterstützen. Außerdem fordert er mehr Begegnung zwischen jungen Deutschen und Russen, etwa über eine „deutsch-russische Jugendbrücke“.

### **4. Bekenntnis zu Sanktionen**

Roths Satz, Sanktionen seien „kein Selbstzweck“, liest man auch oft von arg russophilen SPD-Politikern wie Matthias Platzeck. Staatsminister Roth setzt aber einen anderen Akzent. Sanktionen sollten „dazu ermuntern, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren“, schreibt er. Gleichzeitig stellt er sich gegen Politiker wie den früheren Außenminister Sigmar Gabriel (SPD), der immer wieder ins Spiel gebracht hatte, man könne die Sanktionen wegen der russischen Rolle in der Ostukraine auch bereits lockern, wenn Russland noch nicht alle Minsk-Bedingungen erfüllt habe. Man müsse von der Bundesregierung erwarten können, „dass wir uns an einmütig getroffene Entscheidungen der EU und weiterer Alliierte halten“.

### **5. Keine Entscheidung zwischen Russland und dem Westen**

Der SPD-Politiker stellt klar, kein EU-Land müsse sich zwischen guten Beziehungen zu Russland und der EU wählen. Was die EU aber von allen Mitgliedern und Anwärtern auf eine Mitgliedschaft erwarte, sei „ein glasklares Bekenntnis zur EU als Werte- und Solidaritätsgemeinschaft“.

### **6. Bekenntnis zur Erinnerungskultur**

Roth nimmt ernst, dass viele in der SPD darauf pochen, dass die deutschen Kriegsverbrechen an der Ostfront nicht in Vergessen geraten dürfen. Er nennt aber nicht nur Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion, sondern auch die Ukraine und Belarus. Er plädiert für ein „angemessenes Gedenken im Herzen der Hauptstadt“ sowie für die „stärkere Unterstützung von Gedenkorten und die Erforschung authentischer Orte des deutschen Nazi-Terrors in ganz Osteuropa“. Dazu habe die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag verpflichtet.